

34. Nachwort

Christiane Grefe und Tanja Busse

Wie schön wären unsere Städte, wenn es keine Autos gäbe. Es lohnt sich, diesen Satz mitzunehmen in die Stadt und ihn bei jeder Gelegenheit auszuprobieren: beim Überqueren der vierspurigen Straße, radfahrend neben LKWs, beim Blick auf den riesigen versiegelten Parkplatz, der ein lebendiger Waldpark sein könnte.

Der Satz könnte eine Flächenrevolution auslösen – im Kopf, zunächst. Genau wie andere Sätze, die viel zu selten gesagt werden. Wie schön etwa wäre unsere Agrarlandschaft, wenn sie den Prinzipien der planetaren Gesundheitsdiät folgen würde: würden wir sie also so gestalten, dass darauf vielfältige und gesunde Lebensmittel angebaut werden – gesund für uns Menschen, aber auch für die Pflanzen und Tiere und gesund für das Bodenleben. Es wäre eine kleinteilige, vielfältige bunte und wasserspeichernde Schwammlandschaft, die eben deshalb so reichhaltig wäre, weil wir sie uns mit der ganzen Vielfalt der Tiere und Pflanzen teilen würden.

Ein anderer Umgang mit Boden und Flächen wäre möglich. Aber er liegt in weiter Ferne, zeigt sich nur in Nischen, als Modell, als Insel. Denn zur Zeit dominieren widersprüchliche, also konfliktträchtige Interessen einzelner, wachsender, oft mächtiger Akteure das knappe Land. Alle wollen mehr Grund und mehr Boden: Fast 1000 Kilometer neue Straßen plante die Ampelkoalition, dazu 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, »auf der grünen Wiese«, wie der Kanzler *Olaf Scholz* tönte. Die neue Große Koalition will den Bauboom mit ihren Infrastrukturpaketen eher noch beschleunigen – und damit erhöht sich der Druck auf das Land. Die grüne Wiese wird auch von der Agrarindustrie beansprucht, für riesige Ställe, den Anbau von Futtermitteln oder Energiemais für Biogasanlagen und Autotanks. Auch die Wälder stehen unter Druck, alle wollen Holz: für Bauplatten, Möbel, Paletten, Papier. Für Häuser, weil Zement und Beton hohe Treibhausgasemissionen

verursachen, Holz dagegen Kohlenstoff bindet. Schließlich sind da noch die Tagebaue, Gruben und Minen, aus denen Kohle, jedenfalls hier noch eine Zeit lang und weltweit noch länger, sowie Sand, Kies, Gipsstein oder Seltene Erden geholt werden.

Alle diese Flächenansprüche richten sich an eine kollabierende Natur. Die intensive Landwirtschaft hat den Boden in vielen Teilen der Welt überdüngt, verdichtet, versalzen, vergiftet, seiner Lebendigkeit beraubt. Wälder brennen, ganze Landschaften leiden unter Hitze und Fluten, und überall auf der Welt verschwinden Insekten, Vögel, Säugetiere in einem atemberaubenden Tempo. Um die biologische Vielfalt zu retten, müssten 30 Prozent der Landoberfläche bis 2030 unter Schutz gestellt und zehn Prozent davon völlig ungestört gelassen werden, so haben es die Regierungen der Welt beim UN-Gipfel in Montreal im Dezember 2022 beschlossen.

Es ist eng geworden, in Deutschland, in Europa, auf diesem Globus. Überall kollidieren unverhandelbare Naturgesetze mit fossilem Raubbau und neuerdings, bei besten Absichten, auch mit der notwendigen Ausbreitung einer klimaverträglicheren Wirtschaft. Denn auch die Energiewende, die Agrarwende und die Bioökonomie beanspruchen Land und Flächen am Meeresgrund. Böden werden aufgerissen – oder, trotz aller politischer Versprechen, sie zu schützen, wieder öfter versiegelt. Die Verbrauchskurve sank in Deutschland lange kontinuierlich, vor drei Jahren stieg sie wieder an.

Die existenzielle Ressource Boden, schon von Natur aus begrenzt, wird zudem immer knapper und damit teurer, und das wiederum heißt: immer weniger Bürger und Bürgerinnen können Naturschutzflächen, Ackerböden oder Bauland erwerben – und die, die es noch können oder die schon Land besitzen, haben unverhältnismäßigen Einfluss auf die Nutzung. Auf dem Land steigen die Pachtpreise, so wie in der Stadt die Mieten.

Dabei steht der Boden seit jeher im Zentrum jedweden Wirtschaftens, der Ökosysteme und ihrer Krisen, die alle miteinander verbunden sind: der Klimakrise, der Biodiversitätskrise, der Verschmutzungskrise, der Wasserkrise, der Gerechtigkeitskrise. Die Bodenkrise ist, ähnlich wie es die indische Umweltschützerin *Sunita Narain* einmal für den Klimawandel formuliert hat, »die Summe aller Fehler«. Ohne den Boden gibt es also weder für den Erhalt unserer existentiellen Lebensgrundlagen noch für eine der anderen Krisen eine Lösung.

Aus all diesen Gründen ist es enorm wichtig, dass in diesem Band neu darüber nachgedacht wird, wie die Voraussetzungen dafür geschaffen wer-

den können, dass der Boden besser bewirtschaftet, renaturiert, neu belebt und gerechter verteilt werden kann – und wer darüber entscheidet.

Experten und Expertinnen aus den unterschiedlichen Sphären der urbanen Zentren und ländlichen Räume haben daran mitgewirkt – Bäuerinnen wie Stadtplaner, die sonst wenig Berührung, wenig Gemeinsamkeiten haben und hier viele entdecken. Zum Beispiel, dass sich wirtschaftliche Konzentration und die Konzentration politischer Macht in Stadt und Land ganz ähnlich verschärfen können. Wer das Land wie nutzen darf, ob es privaten Interessen oder dem Gemeinwohl dient, das ist eine elementar demokratische Frage – deshalb ist es wichtig, dass mit diesem Band auch eine Diskussion über das Eigentum angeregt wird. Denn das Recht auf Eigentum ist verfassungsrechtlich gesichert, aber seine Freiheit ist nur so weit gewährleistet, wie seine Nutzung dem Gemeinwohl dient. Eigentum verpflichtet, so steht es im Grundgesetz. In einer Zeit immer knapper werdender Flächen und immer größerer Ungleichheit muss dieser Grundsatz dringend politische Folgen haben.

Was heißt das heute, in diesen ökologischen, den existenziellen Krisenzeiten? Es heißt, dass auch für dieses Spannungsfeld, für die sich verschärfenden Zielkonflikte neue Lösungen gefunden werden, beziehungsweise: endlich umgesetzt werden müssen; Lösungen, die so vielfältig sind wie die Böden und die Kulturen, die aus ihnen erwachsen; so vielfältig zugleich wie die Interessen, die mit der Bewirtschaftung, Bebauung, Rettung und Erhaltung der Böden verfolgt werden. Lösungen, für deren Verwirklichung zunächst wichtige Voraussetzungen erfüllt werden müssen.

Die erste Voraussetzung ist die Erkenntnis, dass Böden nicht nur ein Thema für Vermesserinnen, Stadtplaner und Architektinnen sind, für Landwirtinnen, Gärtner, Agrarwissenschaftler und Naturschützerinnen, für Biologinnen und Chemiker, die sie düngen oder entgiften; also für jene, die professionell mit dem Boden umgehen. Die ganze Gesellschaft ist herausgefordert, weil es um ihre Existenzgrundlage geht. Um Essen, Wohnen, Kleidung, Reisen, Gesundheit. Um den dritten Produktionsfaktor neben Kapital und Arbeit. Diese ganze Gesellschaft ist gefordert, ein neues Bewusstsein, Demut und Respekt für den Boden zu erlernen. Allzu lange wurde verdrängt, was Karl Marx so klar formuliert, hat: »Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.« Unser Körper, der jeder Einzelnen, bleibt mit der Natur, der Erde, dem

Boden verbunden. Es trifft uns unmittelbar, wenn unsere Lebensweisen ihn zerstören. Das ist schnell geschehen, aber ihn zu erneuern dauert lange, unendlich lange, zu lange.

Diese Gesellschaft ist zugleich gefordert, sich endlich von der Illusion zu verabschieden, dass die ökologischen Krisen allein durch grünes Wachstum zu lösen seien. Ja: Forschung und Technologie haben viele Auswege aus dem fossilen Irrweg gewiesen, sie halten weitere bereit und können das Wohlstandsniveau hochhalten. Aber gerade der Blick auf die komplexe, nicht einmal vollständig erforschte Lebenssphäre des Bodens und seiner Rohstoffe zeigt: Auch Elektroautos, auch eine grenzenlose Digitalisierung stoßen an planetare Grenzen. Gerade der Boden zeigt: wir können uns nicht länger etwas vormachen. Auch eine grünere Wirtschaft wächst nicht in den Himmel. Sie kann Grenzen nur ausdehnen, aber nicht sprengen. Auch sie funktioniert nur, wenn wir effizienter wirtschaften und insgesamt weniger verbrauchen. An einer Suffizienzrevolution führt kein Weg vorbei. Weil der Boden begrenzt ist, werden wir Prioritäten setzen müssen, und wir müssen teilen, das heißt: Viele müssen mit weniger auskommen. Die am meisten haben, müssen weniger verbrauchen, müssen auch abgeben.

Kaum jemand in der Politik traut sich auszusprechen, dass der Konsum Grenzen hat. Die Grünen nicht, weil ihnen wegen des uralten, simplen Vorschlags eines fleischlosen Kantinenessens nach wie vor der Ruf einer Verbotspartei angehängt wird (obwohl Umfragen zugleich dokumentierten, dass sich die Verbraucher mehrheitlich fleischlose Tage in der Kantine wünschen). Die vermeintliche Bevormundung bei Investitionen in dringend notwendige Heizungssysteme hat solche Ressentiments noch verstärkt. Und die anderen Parteien reden nicht über Grenzen, weil sie lieber die Illusion nähren, mit technischem Fortschritt die biologischen und ökologischen Probleme wegwüffeln zu können. Der Schriftsteller und Ökologe *Carl Amery* hat das einmal die »salvatorische Formel« genannt: »Man wird schon was finden.« Erst recht der demokratiefeindliche Populismus hat die großen Versprechen der Freiheit auf ein vulgäres Konzept von rücksichtslosem Habenwollen geschrumpft. Das aber bedeutet Freiheit nicht. Freiheit ist nicht das Recht auf Rücksichtslosigkeit. Es muss eine demokratische und menschenrechtliche Selbstverständlichkeit bleiben, dass die Freiheit des Einzelnen da endet, wo die Freiheit des anderen beginnt. Das gilt auch für den Umgang mit dem Boden und allen Lebewesen, die in und von ihm leben.

Helfen könnten neue gerechtere Steuern, Agrarstrukturgesetze, eine Agrarförderung, die eine auskömmliche und aufbauende Landwirtschaft belohnt und eine Wirtschaftsbilanzierung, die die Natur berücksichtigen muss, ebenso wie ein modernes und soziales Erbrecht, ein Flächenzertifikatehandel, Versiegelungsverbote, Entsiegelungsanreize – um nur ein paar Instrumente zu nennen.

Helfen können aber zuvörderst Bilder von einem guten Leben, für das es sich zu streiten lohnt mit dem Gefühl, verantwortlich zu sein; dem Gefühl, selbst mitentscheiden und etwas bewirken zu können in der Stadt, auf dem Land und überall dazwischen. Und nicht fatalistisch zu sein, sondern Teil von einer Gemeinschaft, die den Raum um uns alle gestaltet.

Die visuellen Utopien des Hamburger Künstlers *Jan Kamensky* zum Beispiel, die von ganz neuen grünen, lebendigen Architekturen und Verkehrsadern in unseren Städten erzählen und davon, wie sie entstehen können: sie liefern solche Bilder. In Teilen von Kopenhagen, Barcelona und Paris kann man schon anschauen, dass man von solchen urbanen Landschaften und Städten nicht mehr nur träumen muss. Auch in deutschen Stadtquartieren und urbanen Gemeinschaftsgärten kann man die neuen Orte der Revitalisierung und gemeinsamen Verantwortung schon erleben. Ebenso auf Bauernhöfen, die mit Agroforstsystemen oder solidarischer Landwirtschaft experimentieren, oder auf wilden Weiden. Dort leben wenige Rinder auf großen Flächen ganzjährig draußen und werden dabei selbst zu Landschaftsgestaltern.

Das Ergebnis könnte sein: eine lebendige Landschaft, in der man gut leben, arbeiten, sich erholen kann. Ein Land mit fruchtbarem Boden, der gesunde Lebensmittel wachsen lässt, mit lebenswerten Dörfern und Städten, die aufs Engste miteinander vernetzt und verbunden sind. Dafür lohnt es sich zu streiten, in einer gemeinsamen Bewegung, die Stadt und Land nicht spaltet, sondern vereint. Denn es geht um unseren Grund. Um Grund-Bedürfnisse, die alle ihren Ursprung und ihre Befriedigung im Boden haben.

